

Dalbergzeit und Freie Stadt 1806 - 1866

Im Rheinbundvertrag von 1806 wird Frankfurt mit Aschaffenburg, Regensburg, Wetzlar und einigen anderen Gebieten dem letzten Mainzer Erzbischof Karl von Dalberg als Fürstentum zugesprochen und 1810 zum Großherzogtum erhoben.

Dalberg erweist sich als ein aufgeklärt-fortschrittlicher Herrscher, der die Stadt mit Hilfe einer fürstlichen Behörde, der Generalkommission, regiert. Die neu geschaffenen Bürgerkollegien und die von der gesamten Bürgerschaft 1807 in geheimer Wahl gewählten 28 Bürgerrepräsentanten haben letztlich ebensowenig Einfluß wie der anstelle des reichsstädtischen Rats eingesetzte Senat und die nun auf Lebenszeit ernannten beiden Bürgermeister.

1811/12 führt Dalberg nicht nur den Code Napoléon, sondern auch das französische Strafbuch ein. Nach der Proklamation der Gleichberechtigung aller Untertanen werden den Frankfurter Juden gegen Zahlung einer Ablösesumme von 440.000 Gulden die bürgerlichen Rechte zugesprochen.

Aufgrund von Vorschlägen der Börsenvorsteher wird 1808 die Handelskammer nach französischem Vorbild errichtet, um Handwerk und Handel zu fördern. Eine Reform der städtischen Verwaltung und des Schul- und Bildungswesens schließt sich an. Dalberg richtet staatliche Volksschulen ein und gründet 1812 eine Universität, die jedoch schon nach einem Jahr wieder geschlossen wird. Desweiteren schafft er Leibeigenschaft und Frondienste ab und stellt die christlichen Konfessionen einander gleich.

Im Oktober 1813 übernachtet Napoleon nach seiner Niederlage in der Völkerschlacht bei Leipzig im Landhaus der Familie Bethmann. Der Freiherr vom Stein verlegt das Zentralverwaltungsdepartement für die ehemals französisch besetzten Gebiete nach Frankfurt. Das Großherzogtum Frankfurt wird aufgelöst und provisorisch die alte reichsstädtische Verfassung wieder eingeführt.

1815 wird Frankfurt gemäß den Beschlüssen des Wiener Kongresses Freie Stadt und Sitz der Deutschen Bundesversammlung. Ein Jahr später beschwören die Frankfurter ihre neue, freistädtische Verfassung, die Konstitutionsergänzungsakte. Diese stellt weitgehend eine Modifikation der reichsstädtischen Verfassung dar und nimmt die meisten der Dalbergschen Reformen zurück. Die Vorrechte der alten Geschlechter werden zwar abgeschafft, letztlich aber die patrizische Oligarchie nur durch eine plutokratische ersetzt. Das Bürgerrecht ist jetzt an einen Vermögensnachweis von 5.000 Gulden gebunden, den jedoch kaum die Hälfte der 40.000 Einwohner erbringen kann. Auch die Juden werden vom Bürgerrecht wieder ausgeschlossen.

Trotz des politischen Rückschritts erlebt Frankfurt in den folgenden Jahrzehnten gesellschaftlich gesehen eine ausgesprochene Blüte. Die permanente Anwesenheit der Bundesversammlung bringt der Stadt nicht nur Glanz, sondern beeinflusst auch deren sozialen Organismus. Bundestagsdiplomatie und städtische Oberschicht verschmelzen zu einer homogenen Gesellschaft mit aufwendigem Repräsentationsbedürfnis. Verknüpft mit einem großzügigen Mäzenatentum führt dies zur Entstehung wichtiger kultureller und sozialer Einrichtungen.

1816 wird die Polytechnische Gesellschaft gegründet. Der Kaufmann und Bankier Johann Friedrich Städel verfügt testamentarisch, seine Kunstsammlung der Öffentlichkeit zugänglich zu machen und ein Kunstinstitut zu gründen. Ein Jahr später werden ein Naturkundemuseum und die nach dem Arzt und Stifter Johann Christian Senckenberg benannte Naturforschende Gesellschaft eingerichtet.

Auf Anregung Friedrich Fröbels stiften Frankfurter Bankiersfamilien um 1840 die ersten Kindergärten zur Förderung der vorschulischen Erziehung. 1845 hinterläßt Dr. Theobald Christ 150.000 Gulden für die Gründung eines Kinderhospitals. Otto Volger, Dozent für Geologie und Mineralogie an der Senckenbergischen Naturforschenden Gesellschaft, gründet 1859 das Freie Deutsche Hochstift als freie Akademie zur Pflege von Wissenschaft und Kunst.

Einfluß auf das Geistesleben der Zeit üben auch bedeutende Gelehrte wie Johann Friedrich Böhmer aus, seit 1825 Stadtarchivar und seit 1830 Stadtbibliothekar, dessen Urkundenbuch der Stadt Frankfurt 1836 erscheint. Der Philosoph Arthur Schopenhauer, der vor der Cholera-Epidemie in Berlin geflohen war, entscheidet sich 1831 für eine Übersiedlung nach Frankfurt. Er lebt hier bis zu seinem Tode 1860 und wird auf dem Hauptfriedhof begraben. 1844 schreibt und zeichnet der Arzt Dr. med. Heinrich Hoffmann für seinen Sohn das Kinderbuch "Der Struwwelpeter".

Die wirtschaftliche Entwicklung Frankfurts wird stark von seiner geographischen Insellage bestimmt. Die Gründung des Preußisch-Deutschen Zollvereins hat eine starke Beeinträchtigung des Handels zur Folge. Um einer völligen Einschnürung durch Preußen zu entgehen, schließt sich die Stadt 1836 nach längerem Zögern dem Zollverein an. Die gewerbliche und industrielle Entwicklung, die im übrigen Deutschland zu dieser Zeit verstärkt in Gang kommt, läuft an Frankfurt wegen dessen restriktiver Gewerbepolitik vorbei. 1841 weicht der Frankfurter Otto Naumann aufgrund des Einspruches der Seifensieder mit seiner Seifenfabrik nach Offenbach aus. Erst 1864 führt der Senat neben der staatsbürgerlichen Gleichstellung der Juden auch die Gewerbefreiheit ein.

Eine wichtigere Rolle als Handel und Gewerbe spielt jedoch das Bankwesen. Frankfurt steigt in freistädtischer Zeit zum führenden europäischen Finanzplatz auf. Die Söhne des 1812 gestorbenen Meyer Amschel Rothschild gründen Filialen in London, Paris, Wien und Neapel. In Frankfurt konkurriert die Familie mit dem Bankhaus Bethmann um die Vorrangstellung. 1854 entsteht mit der Frankfurter Bank die erste Gesellschaftsbank; es folgen die Frankfurter Hypothekenbank 1862, die Bank für Handel und Industrie 1863 und die Frankfurter Vereinkasse 1864.

Die einflußreichen Frankfurter Bankiers sind es auch, die neue technische Entwicklungen fördern und vorantreiben, insbesondere den Bau von Eisenbahnen. 1839 wird als erste Eisenbahn des Rhein-Main-Gebiets das Teilstück der Taunusbahn von Frankfurt nach Höchst eröffnet. 1846 folgt die Main-Neckar-Bahn, 1848 die Bahn Hanau-Würzburg und 1850 die Main-Weser-Bahn. Die Bahnhöfe liegen im Bereich von Taunus- und Gallusanlage.

Im Hörsaal des Physikalischen Vereins stellt der Friedrichsdorfer Lehrer Philipp Reis 1861 erstmals öffentlich sein Telefon vor.

Leopold Sonnemann begründet 1856 die Geschäftsberichte, aus denen bald die Frankfurter Handelszeitung und 1859 die Frankfurter Zeitung hervorgeht, die bedeutende liberale Tageszeitung.

Die durch die Konstitutionsergänzungsakte festgeschriebene politische Benachteiligung großer Teile der Bevölkerung ist Ursache dauernder Spannungen und wiederkehrender Unruhen. 1833 versuchen einige freiheitlich gesinnte Studenten und vor den Russen geflohene Polen mit einem Sturm auf die Wachen eine allgemeine Erhebung gegen die bestehende Ordnung zu entfachen. Die innenpolitischen Spannungen werden überlagert von den Entwicklungen und Spannungen auf bundespolitischer Ebene. Vom 31. März bis 3. April 1848 tritt in Frankfurt ein Vorparlament zusammen, um Grundlagen einer deutschen Parlamentsverfassung zu beraten. Am 18. Mai ziehen Abgeordnete aus ganz Deutschland in die Paulskirche zur Nationalversammlung ein, zum ersten gewählten gesamtdeutschen Parlament, um Deutschland im freiheitlich-demokratischen und nationalen Sinne zu ordnen. Die Nationalversammlung scheidet jedoch. Achtzehn Jahre später kommt es zu einer anderen Lösung der deutschen Frage.

1866 besiegt Preußen Österreich in der Schlacht bei Königgrätz. Österreich stimmt daraufhin der Auflösung des Deutschen Bundes zu. Die Preußen marschieren am 18. Juli in Frankfurt ein, das sich in dem Konflikt auf die Seite Österreichs gestellt hatte. Frankfurt wird dem preußischen Staat einverleibt und muß eine hohe Kontribution zahlen. Karl Konstantin Viktor Fellner, der letzte Bürgermeister der Freien Stadt, begeht Selbstmord.

© Helmut Nordmeyer, Institut für Stadtgeschichte